

MEXIKO

FRANK PRIESS

28. Oktober 2008

www.kasmex.org.mxwww.kas.de

Mexiko hat seine Energiereform

Nach langem Ringen hat sich der mexikanische Kongress zur Verabschiedung der Energiereform durchgerungen – mit einer weitgehenden Einigkeit aller politischen Parteien und der üblichen Dissidenz des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten López Obrador (AMLO), der weiter die Straße mobilisiert und schon die nächsten „Protestprojekte“ vorbereitet. Dies führte allerdings zu einem stark verwässerten Projekt, dessen Tragweite mit guten Gründen bezweifelt werden kann. Einmal mehr bekommt Mexiko eine Reform, die „politisch möglich“ war und nicht eine, wie sie das Land gebraucht hätte. Sie trägt weit stärker die Handschrift von PRI und PRD als die von Präsident Calderón und der PAN.

Der Durchbruch bei der Energiereform und der Konsens von PAN, PRI und einer Mehrheit innerhalb der PRD manifestiert sich in sieben Einzelprojekten (*dictámenes*). Sie reichen von der Gründung eines „Nationalen Energierates“ und einer nationalen Kommission für „Kohlenwasserstoffe“ bis zu fünf Gesetzen: einem zur nachhaltigen Energienutzung, einem zur Regelung des Energietransports, einer Auslegung des Verfassungsartikels 27 mit dem Verbot der Beteiligung der Privatindustrie an Verarbeitung, Transport und Verteilung von Erdöl und Gas, einem zur Reform der staatlichen Energiegesellschaft PEMEX und einem zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Besonders sichtbar ist die Einrichtung neuer Bürokratien und Kommissionen, die Aufgaben übernehmen, die eigentlich bereits im Energieministerium gut aufgehoben wären und zu dessen Funktionen gehören müssten. Bedenklich ist zudem, dass bei Streitigkeiten zwischen PEMEX und seinen Auftragnehmern letzteren der Weg vor eine inter-

ationale Schiedsgerichtsbarkeit ausdrücklich versperrt wird: der mexikanische Staat wäre hier gegebenenfalls Richter in eigener Sache.

Mit diesen Initiativen wird einer stärkeren Privatbeteiligung gerade an Explorationen und einer unmittelbaren Beteiligung an deren Erfolg die Tür verschlossen. Für Kooperationen sollen sie ausschließlich vorher definierte finanzielle Entschädigungen enthalten, nicht aber eine Beteiligung an den Energieerträgen, die eine Anreiz zur Übernahme von Risiken dargestellt hätte. Tätig werden sollen sie lediglich und ausschließlich als PEMEX-Auftragnehmer, nicht als Partner. Ob damit das dringend benötigte Kapital für stärkere Investitionen im mexikanischen Erdölbereich angelockt werden kann, halten Experten für mehr als zweifelhaft. „Sie bezweifeln auch, dass die ausschließlich staatliche Investition von rund elf Milliarden US-Dollar in eine neue Raffinerie ein besseres Geschäft ist, als eine in die Ausweitung der Förderkapazitäten und neue Erschließungen. Immerhin hatte der Staat bereits vor der Reform erhebliche Altschulden von PEMEX übernommen und der Staatsfirma einen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten ohne Absprache mit dem Finanzministerium eröffnet. Zusammen mit der Möglichkeit, unmittelbar über die nicht im Staatshaushalt verplanten Einnahmen zu verfügen, will man PEMEX in seiner Investitionskraft stärken.“

Viele Zugeständnisse

Wie dringend der Reformbedarf gerade bei PEMEX ist, machen aktuelle Zahlen deutlich: so sank die Tagesproduktion von Erdöl mit 2,72 Millionen Barrel pro Tag auf den niedrigsten Stand seit 1995. Im Jahresverlauf ist die Produktion im Vergleich zum gleichen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

28. Oktober 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

Vorjahreszeitraum um rund 10 Prozent zurückgegangen, die Exporte sanken um 18 Prozent. Lediglich die hohen Ölpreise verhinderten einen drastischen Einbruch bei den Einnahmen. Gehe dies so weiter, so etwas das *Wall Street Journal Americas*, könne Mexiko schon in vier bis fünf Jahren zum Nettoimporteur von Erdöl werden. Auch bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die internen Restrukturierungsabsichten bei PEMEX zeitigen werden. Die umstrittene PEMEX-Gewerkschaft jedenfalls konnte ihre fünf Sitze im Verwaltungsrat – neben sechs Staatsvertretern und vier vom Staat benannten unabhängigen Experten – jedenfalls behaupten. Ein Lichtblick dürfte die Möglichkeit für PEMEX sein, mindestens bei grenzüberschreitenden Energievorkommen, etwa im Grenzbereich mit den USA, gemeinsam mit ausländischen Gesellschaften an Erschließungen zu arbeiten, auf der Basis bilateraler Verträge.

Trefflich lässt sich darüber streiten, was von den eigentlichen Absichten einer großen Energiereform für Mexiko noch übriggeblieben ist. Für den verantwortlichen PRI-Senator und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten seiner Partei, Francisco Labastida, ist dies keine „kleine Reform“, sondern eine, die „75 Prozent dessen abdeckt, was PEMEX braucht.“ Präsident Calderón kann es sich wohl auf die Fahnen schreiben, dass es überhaupt eine Reform gegeben hat, etwas, auf das er seit seiner Zeit als Energieminister im Kabinett von Vicente Fox vergeblich gewartet hatte. Dieser wiederum bezeichnet die Reform als „klein und durch einen Phyrussieg errungen“. Sie sei lediglich ein „Stückchen“ dessen, was Calderón ursprünglich angestrebt habe.

Die Linke streitet weiter

Vertieft hat sich mit den Entscheidungen zur Energiereform die Spaltung auf der Linken: während die Senatoren der PRD mit wenigen Ausnahmen ihre Stimmen für die Initiativen abgaben und auch der historische Führer der Linken, Cuauhtémoc Cardenas das Paket unterstützte, mobilisierte der ehemalige Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador weiter die Straße. Die Senatssitzung etwa musste aufgrund

von Blockaden an einem alternativen Ort stattfinden, auch das Abgeordnetenhaus wurde für seine Sitzung am 28. Oktober und die endgültige Entscheidung mit einem starken Sicherheitscordon umgeben.

Gleichzeitig kündigte AMLO an, auch alle rechtliche Schritte – etwa mittels eines „amparo“ – gegen das Reformpaket zu mobilisieren, möglichen ausländischen Partnern von PEMEX sollen Briefe mit klaren Warnungen zugehen, die erbitterten Widerstand gegen ihre Vorhaben in Mexiko ankündigen. Das hindert den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, César Duarte (PRI) allerdings nicht, López Obrador am Tag der Abstimmung im Parlament zu empfangen und seine dabei vorgesehene 30minütige Rede *live* im Fernsehen zu übertragen – und das, obwohl dieser gleichzeitig „seine“ Demonstranten vor dem Gebäude gegenüber von rund 2000 Polizeibeamten in Stellung gebracht hat und das Ergebnis einer Aussprache ohnehin absehbar ist: Es bleibt erstaunlich, welche öffentliche Bedeutung alle Teile der mexikanischen Politik dem „tropischen Messias“ immer wieder einräumen und wie sie ihm ein ums andere Mal zu einer Bühne verhelfen.

Und richtig: kurz nach Beginn der entscheidenden Parlamentssitzung stürmten etwa 30 Mitglieder der PRD-Fraktion – die Mehrheit allerdings blieb sitzen – einmal mehr die Tribüne, um eine ordnungsgemäße Debatte mit anschließender Abstimmung zu verhindern. Ihr Schlachtruf: „Das Vaterland verteidigt man, das Vaterland verkauft man nicht ...“. Da ein Teil der Tribüne allerdings von Abgeordneten von PAN und PRI abgeschirmt wurde, konnte die Parlamentssitzung wie geplant beginnen – unter tumultartigen Bedingungen. Die Geschichte schien sich zu wiederholen. Gleichwohl wurde in diesem Falle ein Gesetzentwurf nach dem anderen aufgerufen, debattiert und abgestimmt. Mit dem durchgehenden Ergebnis einer jeweils überwältigenden Zustimmung des Hauses – bei vergleichsweise wenigen Gegenstimmen aus den Reihen der PRD und ihrer Verbündeten in der *Frente Amplio Progresista*.

MEXIKO

FRANK PRIESS

28. Oktober 2008

www.kasmex.org.mxwww.kas.de**Wirtschaftslage verschlechtert sich**

Wirtschaftsthemen dominieren – neben der virulenten Sicherheitssituation des Landes – auch sonst die *agenda* der mexikanischen Politik. So hat der mexikanische Senat derweil die Einnahmeseite des Haushaltes 2009 gebilligt (*Leyde Ingresos*). Dabei werden die Wachstumserwartungen für Mexiko im Jahre 2009 auf 1,8 Prozent zurückgenommen, der Wechselkurs Peso/Dollar wird von 10,60 zu 1 auf jetzt 11,70 zu 1 korrigiert. Selbst das allerdings trägt der aktuellen Abwertungssituation kaum Rechnung, die den Peso bereits auf eine Relation von fast 14:1 gegenüber dem Dollar zurückgeworfen hat – angesichts dieser Volatilität gleicht jede Vorhersage einem Glücksspiel.

Die Einnahmeerwartung je Barrel Erdöl wird von ursprünglich 80,30 Dollar auf jetzt 70 Dollar zurückgenommen – auch das klingt angesichts des laufenden Preisverfalls fast euphorisch. Die „mexikanische Mischung“ erzielt momentan an den internationalen Spotmärkten Preise unterhalb der fünfzig Dollar Grenze. Insgesamt will der mexikanische Staat damit im kommenden Jahr umgerechnet rund 260 Milliarden Dollar ausgeben, weniger, als es der ursprüngliche Haushaltsentwurf des Finanzministers noch vor wenigen Wochen vorsah, immer noch 13,2 Prozent mehr allerdings als im laufenden Jahr.

Experten von *Merrill Lynch* haben mittlerweile ihre Voraussage für die Wirtschaftsentwicklung in Mexiko für das Jahr 2009 nach unten korrigiert und gehen nur noch von einem Wachstum von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Angesichts der Erwartung, dass das BIP in den USA sogar um 1,7 Prozent zurückgehen wird, stellt Felipe Illanes, Chefstrategie der Bank für Lateinamerika fest: „Basierend auf unserer Einschätzung einer tiefen Rezession in den USA, zurückgehenden Ölpreisen und einer Übertragung einer weltweit restriktiveren Kreditvergabe, nehmen wir unsere Wachstumserwartungen für Mexiko zurück.“

Auch in der mexikanischen Realwirtschaft ist die Krise bereits angekommen, Institutionen wie CEPAL etwa rechnen mit einer

starken Rückwanderung mexikanischer Migranten, von mehreren Millionen ist die Rede. Die will Wirtschaftsminister Gerardo Ruiz Mateos mit offenen Armen aufnehmen: „Die Regierung ist darauf vorbereitet, sie zu Hause willkommen zu heißen und hofft, dass die Wirtschaft sich wie erwartet entwickelt.“ Andere – mittlerweile selbst in der Regierung – sind sich da nicht so sicher: gerade den Arbeitsmarkt halten sie für besonders verwundbar und korrigierten in den vergangenen Tagen die Entwicklung dort deutlich nach unten.

Wahlerfolge der PRI

Vor dem Hintergrund diesen Panoramas erfuhr die PRI bei zwei Regionalwahlen eine weitere Stärkung: beim Urnengang im Bundesstaat Guerrero konnte sie ihren größten Erfolg mit dem Gewinn des Bürgermeisterpostens in der Hafenstadt Acapulco feiern, auch andere relevante Städte fielen ihr zu. Im Regionalparlament zog sie mit 18 Sitzen mit der PRD gleich, die deutliche Verluste hinnehmen musste. Die PAN entsendet lediglich drei Abgeordnete und blieb auch auf Gemeindeebene nahezu irrelevant. Ferner sind die Arbeitspartei PT (ein Sitz), *Convergencia* (drei Sitze), die Lehrerpartei PANAL (ein Sitz) und die mexikanischen *Grünen* (zwei Sitze) im Kongress vertreten.

Mit einem Triumph der PRI endeten auch die Wahlen zum Regionalparlament in Coahuila am 19. Oktober. Hatte die PAN 2005 noch vier Wahlkreise, sämtlich in der Stadt Torreón, direkt gewinnen können, war die PRI jetzt in 19 von 20 Distrikten siegreich, in einem siegte ein PRI-Mitglied, der sich allerdings als Kandidat der Regionalpartei UDC hatte registrieren lassen. In Prozenten entfielen auf die PRI rund 59, auf die PAN etwa 18, ein Verlust von rund zehn Prozent. Die PRD ihrerseits schrammte die Grenze von 3,5 Prozent, bei deren Unterschreiten sie ihre Registrierung als Partei in Coahuila verloren hätte. Die Wahlbeteiligung erreichte nur knapp 40 Prozent. Für den Gouverneur des Bundesstaates, Humberto Moreira, ist das Wahlergebnis ein weiteres Signal für die Rückkehr der PRI an die Macht bei der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2012.

Wahlinstitut IFE sanktioniert

Mit heftigen Geldstrafen für die Parteien, vornehmlich PAN und PRD, hat das Wahlinstitut IFE einmal mehr von sich reden gemacht: Ungerecht 3,8 Millionen Dollar soll die PAN für Regelverstöße in den Jahren 2005 und 2006 zahlen, rund 5,7 Millionen sind es sogar bei der PRD. Im ersten Falle wurde u.a. gegen die willkürlich vom IFE ausgerufenen „Wahlkampfpause zu Weihnachten“ verstoßen, indem PAN-Kandidat Felipe Calderón massenhaft Weihnachtsgrüße versenden ließ, auch wird die PAN für eine Einmischung in den Wahlkampf seitens des damals amtierenden Präsidenten Vicente Fox haftbar gemacht. Bei der PRD ahndet das Wahlinstitut die wochenlange Blockade der Hauptstraße *Reforma* im Nachgang zu den Wahlen 2006.

Nach Meinung vieler Beobachter überzieht das Institut mittlerweile massiv seine Befugnisse und entwickelt sich eher zu einer Zensurinstanz, zu einem „Verkehrspolizisten“, wie es ein Kommentator Anfang Oktober ausdrückte. Der angesehene Kolumnist Sergio Sarmiento formuliert in der Zeitung *Reforma* am 1.10.: „Für mich zeigt das ganze Spektakel, dass das IFE seine Linie verloren hat: es ist keine Institution mehr, die sich der Organisation von Wahlen verpflichtet fühlt, sondern eine simple Zensurinstanz.“ Gleichzeitig habe sich das mexikanische Wahlrecht viel zu komplex und restriktiv entwickelt.

Für die mexikanische Demokratie insgesamt ist der Niedergang des Ansehens des IFE ein Alarmsignal, war das Institut doch ganz wesentlich am friedlichen Regimewechsel 2000 beteiligt und die Instanz, auf die die Bürger Hoffnung und Vertrauen setzten.

Entspannung mit Kuba

Hohe Aufmerksamkeit erfuhr in Mexiko jetzt der Besuch des kubanischen Außenministers Felipe Pérez Roque, der als Ende der diplomatischen Eiszeit zwischen beiden Ländern gilt, die während der Regierungszeit von Vicente Fox vor allem durch dessen entschiedene Haltung in Fragen der Menschenrechte eingetreten war. Fox hatte mit der

langen Tradition der mexikanischen PRI-Politik gebrochen, die auf der Basis einer Doktrin der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gerade in Sachen Kuba etwa darauf verzichtete, in Menschenrechtsgrmien der UNO die Lage auf der Insel zu thematisieren.

Ein gemeinsames aktuelles Interesse haben Mexiko und Kuba in der Frage illegaler kubanischer Migranten. Schleuserbanden bringen zunehmend Kubaner nach Mexiko – rund 12.000 Dollar soll dieser „Service“ kosten – um diese dann auf dem Landweg Richtung USA weiterzubefördern, wo sie problemlos eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Ein beim Besuch von Pérez Roque unterschriebenes Abkommen soll es Mexiko nun erleichtern, Kubaner nach Kuba zurückzuschicken – angesichts der Tatsache, dass Kuba illegale Ausreise zum Teil mit Gefängnisstrafen ahndet, ein problematisches Vorhaben. In einer gemeinsamen Resolution warfen die beiden Regierungen den USA vor, die illegale Migration von Kubanern zu fördern. Eine Behauptung, die von US-Außenministerin Condoleezza Rice Tage später bei ihrem Besuch in Mexiko umgehend zurückgewiesen wurde: In erster Linie seien doch die trostlosen Lebensbedingungen auf der Insel selbst und das totalitäre Regime für den Exodus verantwortlich.

In der gleichen Resolution wird zudem die „Blockade“ der Insel durch die USA kritisiert, ein einseitiger Kampfbegriff, der von der Pro-Castro-Seite gern statt des technisch korrekten Ausdrucks „Embargo“ benutzt wird. Innenminister Juan Camilo Mourillo bezeichnete die Beziehungen zu Kuba zudem als eine „Priorität“ der Regierung Calderón. Gleichzeitig überbrachte der Außenminister dem mexikanischen Präsidenten Calderón eine offizielle Einladung, in Kürze Kuba zu besuchen.

Er dürfte auf ein Land treffen, das von den Auswirkungen der beiden Hurrikans *Ike* und *Gustav*, die innerhalb weniger Tage Kuba verwüsteten, schwer gezeichnet ist. Nach Schätzung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) wurde allein Infrastruktur im Wert von rund zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts vernichtet, ebenso

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

28. Oktober 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

große Teile der jährlichen Ernte, was sich mit drastischer Nahrungsmittelknappheit bemerkbar macht.

Kurz vor dem Perez Roque-Besuch wählte die UN-Vollversammlung Mexiko übrigens mit 185 von 192 Stimmen für den Zeitraum 2009 bis 2010 in den Sicherheitsrat. Bei einem Besuch von Perez Roque in der Parteizentrale der PAN hatte PAN-Chef Germán Martínez Kuba ausdrücklich für seine Unterstützung dabei gedankt. Die PAN, so Martínez bei dieser Gelegenheit, habe nicht die Absicht, „ihre Tagesordnung in Sachen Menschenrechte und Demokratie anderen aufzudrängen.“ Die Begegnung mit Perez Roque sei „historisch“.